

Morris, Benny: The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited. Cambridge University Press, Cambridge 2004. 640 S. ISBN 0-521-00967-7

Pappe, Ilan: A History of Modern Palestine. One Land, Two Peoples. Cambridge University Press, Cambridge 2004. 333 S. ISBN 0-521-55406-3

Dershowitz, Alan: The Case for Israel. Wiley, Hoboken, N. J. 2003. 264 S. ISBN 0-471-46502-X

Peres, Shimon: Eine Zeit des Krieges, eine Zeit des Friedens. Erinnerungen und Gedanken. Siedler, München 2004, 205 S. ISBN 3-88680-809-2

Warschawski, Michael: An der Grenze. Edition Nautilus, Hamburg 2004. 255 S. ISBN 3-89401-431-8

Bucaille, Lätitia: Generation Intifada. Hamburger Edition, Hamburg 2004. 207 S. ISBN 3-930908-93-X

Langer, Felicia: Brandherd Nahost oder: Die geduldete Heuchelei. Lamuv, Göttingen 2004. 170 S. ISBN 3-88977-644-2

Goldberger, Ernest: Die Seele Israels. Ein Volk zwischen Traum, Wirklichkeit und Hoffnung. Wilhelm Fink Verlag, München 2004. 489 S. ISBN 3-7705-4024-7

Hass, Amira: Bericht aus Ramallah. Eine israelische Journalistin im Palästinenser-gebiet. Diederichs, Kreuzlingen-München 2004. 231 S. ISBN 3-7205-2483-3

Zur Zeit findet in Israel wieder einmal eine Debatte über den so genannten Post-Zionismus statt. Seit der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen vom 13. September 1993 geistert dieser Begriff durch Israel. Er suggeriert, dass der Zionismus, die offizielle Staatsdoktrin Israels, überwunden sei – dem ist jedoch nicht so. Die derzeitige Regierung unter Ariel Sharon unternimmt alles, um den Zionismus im Bewusstsein der Israelis wieder neu zu verankern oder teilweise wieder zu beleben. Ob dieser Versuch nicht eher einer Reanimation eines Toten gleichkommt, muss offen bleiben. Der Post-Zionismus – obgleich die Idee einiger weniger – hat nicht nur einen Teil der israelischen intellektuellen Elite infiziert, sondern auch die aufgeschlossenen Kreise der israelischen Zivilgesellschaft. Der heftige Widerstand, der dieser Idee von den herrschenden Interpreten des Zionismus oder national orientierten Wissenschaftlern entgegengesetzt wird, spricht für die Attraktivität, aber auch für das subversive Potenzial, das im Post-Zionismus steckt.

Dieser israelische „Historikerstreit“ findet nicht nur innerhalb der Geschichtswissenschaft statt, sondern auch in den Medien und im kulturellen Leben Israels. Schriftsteller, Künstler, Filmemacher und Theaterleute produzieren Werke, in denen die Geschichte des Landes eine Rolle spielt und die den Botschaften der kritischen Historiker ähnlich sind. Während sich die „neuen Historiker“ noch mit der Kritik an der Geschichte Israels und des Zionismus mit ihren Antipoden an den Universitäten auseinandersetzen, findet eine Re-Religiosisierung des öffentlichen Lebens in Israel statt. Dabei kommt es zunehmend zu einer Identifikation von Zionismus und national-religiösem Judentum. Darin manifestiert sich eine Sichtweise, die als Neo-Zionismus bezeichnet wird.

Einen herben Rückschlag erlebten die Post-Zionisten oder so genannten „neuen Historiker“ durch eine 180-Grad-Wende ihres wohl renommiertesten Vertreters Benny Morris, Professor für Geschichte an der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva. Dieser hatte sich in einem nicht unproblematischen Interview über die Camp-David-Verhandlungen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak als orthodoxer Zionist bekannt und behauptet, er sei niemals Post-Zionist gewesen; dieses Etikett sei ihm immer von anderen angeheftet worden. Was die Öffentlichkeit schockierte, war seine These, dass die Probleme des Nahen Ostens nur durch eine gewaltsame „Säuberung“ von Palästinensern aus den Gebieten erreicht werden könne, die Israel nur für Juden haben wolle. Im Supplement der Tageszeitung Haaretz vom 9. Januar 2004 bekannte er sich offen zum Völkermord an den amerikanischen Indianern:

„Die große amerikanische Demokratie hätte nicht geschaffen werden können ohne die Ausrottung der Indianer. Es gibt Fälle, in denen das allgemeine und letzte Ziel schwierige und grausame Taten rechtfertigt, die im Laufe der Geschichte begangen werden.“

Im Falle der Indianer ist es die amerikanische Nation; in Bezug auf die Palästinenser ist es der Staat Israel. Morris sieht sein Land für die nächste Generation in einem Kreislauf der Gewalt gefangen, der die härtesten Maßnahmen erfordert: Im Augenblick verlange dies die Einsperrung der Palästinenser. Verschärft sich aber die Lage, „müssen wir sie vertreiben“. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 17./18. April 2004 ließ er die Katze aus dem Sack: Er sprach über die israelischen Palästinenser als „Fremde“ in unserem Land und bezeichnete sie als „barbarisch“! Hat Morris die menschenverachtende Politik seines Regierungschefs und der seiner Vorgängerregierungen völlig vergessen, die vielleicht die Palästinenser zu „Barbaren“ hat werden lassen? Zwischen Benny Morris, dem politischen Kommentator, und Morris dem Wissenschaftler klafft nicht nur eine große Lücke, sondern sie diskreditiert den Wissenschaftler vollständig. Auch dass er seinen Kollegen Avi Shlaim als „pro-palästinensischen Propagandisten“ in dem gleichen Interview diskreditiert, stellt ihn außerhalb der seriösen Wissenschaft. Vielleicht sollte er von der

Universität Beer Sheva in die Knesset, dem israelischen Parlament, wechseln – dort würde diese Meinung mit großem Beifall aufgenommen werden, insbesondere von der extremen Rechten.

Als das Buch von Benny Morris 1988 erstmals erschien, löste es Schockwellen nicht nur in Israel, sondern auch in westlichen Wissenschaftskreisen aus. Erstmalig weist Morris Israel eine Teilschuld am palästinensischen Flüchtlingsproblem zu. Es war nicht nur Flucht, wie die israelische Geschichtsauffassung bisher behauptet hatte, sondern Zehntausende von Palästinensern wurde bewusst vertrieben, obwohl bis heute kein offizieller Vertreibungsbefehl aufgetaucht ist. Dass es Vertreibungen gegeben hat, lässt sich immer nur indirekt schlussfolgern: durch die intensive Debatte zwischen den zionistischen Politikern in der vorstaatlichen Periode (dem Yishuv) und den indirekten Anweisungen an die Kommandeure vor Ort, wie z. B. durch David Ben-Gurion an Yitzhak Rabin im Falle von Ramle und Lydda: Damals wurden 70 000 Menschen vertrieben.

Morris hätte mit der Kritik bei seiner Erstveröffentlichung zufrieden sein können, wurde er doch jeweils von der gegnerischen Seite als deren Propagandist angegriffen. Die Vorwürfe, er untergrabe die jeweilige Position, sprechen eigentlich für einen Autor. Für die überarbeitete Version las der Autor unzählige, geheime Dokumente. Was ihm aber verschlossen blieb, waren die arabischen Archive. Dies moniert er auch zu Recht. Entweder sind sie in einem erbarmungswürdigen Zustand, oder die arabischen Despoten haben etwas zu verbergen. Der Autor verlässt sich als Historiker nur auf Dokumente; er hält nichts von der „oral history“. Das Erinnerungsvermögen nach 50 Jahren sei nicht immer das Beste und schon gar nicht objektiv. In der zweiten Auflage kommt Morris zu dem Ergebnis, dass es

„weit mehr Vertreibungen und Grausamkeiten durch das israelische Militär gegeben hat, als in der ersten Auflage beschrieben“.

Auch auf der arabischen Seite hat es weit mehr

„Befehle und Ratschläge von arabischen Offiziellen und Offizieren an ihre Landsleute gegeben, ihre Dörfer zu verlassen oder wenigstens Frauen, Alte und Kinder wegzuschicken“.

Die zweite Neuerung des Buches betrifft die Diskussion innerhalb der zionistischen Führungspersönlichkeiten über einen „Transfer“ der arabischen Bevölkerungsmehrheit. Morris gesteht, dass er dieser Diskussion zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe und dieser mehr Bedeutung beigemessen werden müsse für die Vorgänge, die 1948 geschehen seien. Die Vorwürfe von palästinensischen Wissenschaftlern wie Nur Masalha, dass dieses Denken die Grundlage der zionistischen Ideologie und somit für den so genannten Masterplan gewesen sei, folglich Israel ein „expansionistischer Räuberstaat“ und der Zionismus eine „Räuber-Ideologie“ sei, wird vom Autor in dieser Form nicht geteilt. Morris zeigt auf, dass die zionistische Debatte über Transfer „ambivalent“ war. Sein Resümee lautet:

„Die Verbindung zwischen der Unterstützung und was wirklich während des Krieges geschah, ist dünner als die arabischen Propagandisten erlauben würden.“

Mitte der vierziger Jahre brachten selbst britische Regierungsvertreter und arabische Regierungschefs wie König Abdullah von Jordanien, sein Ministerpräsident Ibrahim Pasha Hashim und Iraks Nuri Said Verständnis für einen möglichen Transfer auf, ohne den die Idee eines „jüdischen Staates“ nicht hätte realisiert werden können. Morris sieht keinen Zusammenhang zwischen den Transfer-Außerungen in den dreißiger und vierziger Jahren und den Ereignissen von 1948, schon gar nichts bewusst Geplantes. Gleichwohl war die Idee eines Transfers dem Zionismus inhärent, da man sonst keinen jüdischen Staat hätte errichten können.

„1948 lag Transfer in der Luft ... er war akzeptiert als unausweichlich und als natürlich angesehen bei der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung.“

Er war nach Morris eher ein Prozess als ein bewusster Akt. Dass dies naturgemäß die Betroffenen anders sehen, ist verständlich. Darüber dauert der Streit bis heute an. Die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat, d. h. ins Kernland Israel ist bis heute der Casus belli für die israelische politische Elite, weil dies das Ende des jüdischen Staates bedeuten würde.

Der von den Arabern vom Zaun gebrochene Krieg verursachte das Flüchtlingsproblem, und es gab keinen zionistischen Plan für die Vertreibung der Araber vor dem Krieg, so Morris in seinen Schlussfolgerungen. Auch war der israelischen politischen und militärischen Führung klar, dass eine Rückkehr keine realistische Option war. Diplomatisches Gezerre zwischen den Parteien – Arabern, Israelis und Amerikanern – führte bei der Konferenz von Lausanne zu einem Fehlschlag. Nachdem der Autor sich politisch so eindeutig und einseitig festgelegt hat, verwundert sein Resümee nicht. Er hat sich als Wissenschaftler auf die Seite des israelischen Konsensus geschlagen, was in stürmischen Zeiten wie den augenblicklichen der bequemere Weg ist. Ob dies jedoch letztendlich der Wahrheitsfindung dienlich ist, scheint fraglich. Was ihn um jeden Kredit gebracht hat, war seine Schlussfolgerung in der britischen Zeitung *The Guardian* vom 20. Februar 2002: Wenn die Vertreibung der Palästinenser 1948 zu Ende geführt worden wäre, gäbe es vielleicht heute Frieden im Nahen Osten! In einer sarkastischen Replik antwortete Baruch Kimmerling, Soziologieprofessor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, in derselben Zeitung:

„Falls das Programm der Nazis für die Endlösung des jüdischen Problems vollständig umgesetzt worden wäre, würde es sicherlich heute Frieden in Palästina geben.“

Trotz heftigen politischen Gegenwindes stellt ein weiterer neuer Historiker seine Sichtweise der Geschichte vor. Ilan Pappé, Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Emil Touma Instituts für Palästinensische Studien an der Universität Haifa, ist der Antipode zu Morris. Er gehört zu den profiliertesten, aber auch zu den umstrittensten Vertretern des Post-Zionismus und der neuen Historiker. Er versteht sich als „Anti-Zionist“. Seine Kritiker werfen ihm vor, er betreibe keine Wissenschaft, sondern ideologisiere sie und gehe mit den Fakten selektiv um. Die Affäre um den Studenten Katz, der eine Magisterarbeit bei Pappé geschrieben hatte, in der er einer israelischen Eliteeinheit Massaker an den Palästinensern vorgeworfen hatte, dies aber vor Gericht widerrufen musste, hat Pappés Stellung an der Universität nicht gerade gestärkt. Aufgrund dieses Vorfalls versuchte die Universitätsleitung, den unbotmäßigen Professor loszuwerden. Wegen zahlloser Protestschreiben an den Universitätspräsidenten wurde dieses Unterfangen nicht weiter verfolgt. Es hätte jedoch Israels Ruf als dem eines freien Landes nicht genützt. Warum kann das Land nicht gelassener mit abweichenden Meinungen umgehen?

Die Idee des vorliegenden Buches wurde in einem Seminar an der Universität Haifa geboren. Israelische und palästinensische Studenten äußerten den Wunsch, die Geschichte Israels und Palästinas von einem humanistischen und nicht von einem ethnozentrischen Standpunkt aus erzählt zu bekommen. Pappé bedient sich eines Narratives von unten, um über jene in Palästina zu schreiben, die durch menschliche Dummheit unmenschlich behandelt und gequält worden sind. Diese Opferperspektive durchzieht das ganze Buch. Folglich sind die Helden dieser Geschichte des modernen Palästinas Frauen, Kinder, Bauern, Arbeiter, gewöhnliche Stadtbewohner, Friedens- und Menschenrechtsaktivisten. Ihnen setzt der Autor mit diesem Buch ein Denkmal und zeigt damit gleichzeitig auf, dass zwischen denjenigen, die Geschichte machen, und denen, die sie zu erleiden haben, ein himmelweiter Unterschied besteht. Pappé sympathisiert mit den Kolonisierten und nicht mit den Kolonialisten, mit den Besetzten und nicht mit den Besatzern, mit den Arbeitern und nicht mit den Bossen. Der Leser kann also keine „objektive“ Geschichtsschreibung erwarten. Diese Offenheit stellt natürlich ein Einfallstor für jeden Kritiker dar. Bis zu einem gewissen Grad sind für den Autor

„die Generäle, die gierigen Politiker, die zynischen Regierungschefs und die frauenfeindlichen Männer die Bösewichte“.

Ihre Opfer sind nicht nur die Palästinenser, sondern auch die jüdischen Einwanderer, die jetzt in der zweiten Generation in Israel leben. Um seinen Ansatz von unten realisieren zu können, musste der Autor zuerst eine historische Entwicklung nachzeichnen, die vergessen oder ausgelöscht worden ist. Diese Parallelgeschichte ist ein großer Gewinn für jeden Leser.

In sieben Kapiteln ist es dem Autor eindrucksvoll gelungen, die Geschichte eines Landstrichs zu schreiben, der Israel und Palästina genannt wird. Pappé hat versucht, die destruktive Kraft des Nationalismus in der Geschichtsschreibung zu benennen und so weit es ihm möglich war, in seinen Betrachtungen zurückzudrängen. Erst durch die Liaison von Zionismus und europäischem Kolonialismus sowie durch die Gegenwehr des palästinensischen Nationalismus konnte sich die negative Kraft beider Begriffe – Israel und Palästina – im Laufe der letzten hundert Jahre entfalten.

„Bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges blieb der Zionismus ein kolonialistisches Projekt, das durch nationale Gefühle motiviert war.“

Die Auswirkungen des Zionismus fühlten die Palästinenser erst nach dem Ersten Weltkrieg. Seither formierte sich dagegen der Widerstand. Die kolonialistische Politik in den dreißiger Jahre führte weit gehend zur Zerstörung des palästinensischen Landlebens, wo 60 Prozent der Bevölkerung lebten. Im Gegensatz zu Benny Morris, der im „Plan D“ keinen Masterplan für die Vertreibung der Palästinenser sieht, behauptet Pappé,

„dass der Plan das Ziel hatte, den zukünftigen jüdischen Staat von so vielen Palästinensern wie nur möglich zu säubern“.

Die Debatte Flucht versus Vertreibung erregt bis heute die Gemüter und ist ein zentrales Hindernis auf dem Weg zur Lösung des Konflikts. Der Autor kommt zu einem skeptischen Resümee: Es gibt eine Wiedererweckung des nationalen und ethnischen Elements in dem Konflikt, die alle anderen Erfolge zunichte zu machen droht. Die Gewalt gewinnt an Momentum, und die Flüchtlingsfrage, die Besetzung, die hohe Arbeitslosigkeit unter den sephardischen Juden sowie die Behandlung der israelischen Palästinenser als Bürger zweiter Klasse sind immer noch ungelöste Probleme.

Der Autor warnt vor den Hoffnungen, die vielleicht der nächste „Friedensplan“ dahingehend bringen könnte, dass sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückziehen und die Flüchtlinge zurückkehren könnten. Spätestens seit dem Privatabkommen zwischen Ariel Sharon und US-Präsident George W. Bush weiß die internationale Staatengemeinschaft, dass dies nicht eintreten wird. Pappé hat mit diesem Buch eine Parallelgeschichte zur offiziellen Geschichtsauffassung Israels geschrieben und der indigenen palästinensischen Bevölkerung einen Teil ihrer Identität wiedergegeben. Eine Übersetzung ins Deutsche wäre mehr als wünschenswert, da in Deutschland nur ansatzweise eine realistische Betrachtung des Konfliktes sowie der Politik und der Geschichte Israels vorhanden ist. Dass diese realistische Darstellung israelischer Geschichte und Politik nichts mit „Antisemitismus“ zu tun hat, muss nach der grotesken Entwicklung in Europa immer wieder hinzugefügt werden. Die Realität in Palästina sieht viel schlimmer aus, als Pappé sie dargestellt hat.

Im Gegensatz zu Morris und Pappe kommt die klassisch-zionistische Interpretation des Konflikts des renommierten Harvard-Professors Alan Dershowitz völlig weltfremd daher. Sie gibt eine unreflektierte Sichtweise des traditionellen Zionismus zum besten. „Wright or wrong my country“ wäre eigentlich als Titel des Buches passender gewesen. Im Stile eines engagierten und gewieften Strafverteidigers macht sich einer der profiliertesten Professoren der USA daran, jede Kritik an Israel mit Vehemenz zurückzuweisen. Dass er dabei oft über das Ziel hinausschießt, liegt darin begründet, dass er meint, alles verteidigen zu müssen, was die israelischen Regierungen tun oder getan haben, sei es auch noch so fragwürdig wie z.B. die Rechtfertigung von Folterungen zum Wohle der Gemeinschaft oder der brutalen Unterdrückung eines anderen Volkes. In seinem Übereifer schüttet er das Kind mit dem Bade aus. Dieses Buch überzeugt nur diejenigen, die bereits glauben. Es ist besonders gut geeignet als Asservatenkammer für den politischen Tageskampf. Für differenziert Denkende wirkt es eher abstoßend.

In Form von 32 Fragen macht sich der Autor daran, vieles, was allgemeiner Konsens in der Staatengemeinschaft ist, im Sinne einer radikalen pro-israelischen Position in Frage zu stellen und zu widerlegen. In juristischer Manier werden sie nach folgendem Muster abgehandelt: die Anklage, die Ankläger, die Realität und der Beweis. Dazu gehören Fragen, die mit der Staatsgründung und ihren Folgen wie das Flüchtlingsproblem, den Kriegen Israels, über Folter, Terror, Menschenrechtsverletzungen, Boykott, Antisemitismus u. v. m. zusammenhängen. Den Anklagen begegnet Dershowitz nach eigener Einschätzung mit

„harten Fakten, die unterstützt werden durch glaubwürdige Beweise“.

Jenseits allen Zweifels werde nachgewiesen, dass in bössartiger Weise ein doppelter Maßstab angelegt worden sei, um Israels Politik zu beurteilen. Dieser doppelte Standard ist auch das Hauptmotiv für das Engagement des Autors. Würde man an alle Staaten den gleichen Maßstab anlegen, bräuchte Israel keine Verteidigung, es spräche für sich selbst. Glaubst dies der Autor wirklich? Die Anwendung eines doppelten Standards zeige sich am deutlichsten bei den Folttervorwürfen gegen Israel. Dabei wandte der

„israelische Sicherheitsdienst manchmal physische Maßnahmen an, die denen ähneln, die heute von den US-Behörden gegen verdächtige Terroristen praktiziert werden“.

Darüber hinaus würden ähnliche Verhörmethoden auch in Frankreich, Großbritannien und Deutschland angewendet, so der Autor. Warum gibt es dann so viele israelische Menschenrechtsgruppen, die gegen die – trotz Grundsatzurteil des Obersten Israelischen Gerichts – immer noch praktizierte Folter des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet Sturm laufen und die eklatanten Menschenrechtsverletzungen der Sharon-Regierung anprangern? Vielleicht überdenkt Dershowitz im Angesicht des Verhaltens von amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern im Gefängnis von Abu Ghreib im Irak seine für jede Demokratie tödlichen Thesen? Auch die Berichte von *Amnesty international* und *Human Rights Watch* zur prekären Lage der Menschenrechte in Israel sind Legende. Dass oft die Menschenrechtsverletzungen in der arabischen Welt oder in vielen anderen Staaten nicht mit der gleichen Intensität kritisiert werden wie die in Israel, ist in der Tat ein Vorwurf, den Dershowitz zu Recht erhebt. Dieses Manko entbindet Israel als jüdisch-demokratischen Staat – gemäß eigener Definition – jedoch nicht von seiner Pflicht eines humaneren Umgangs mit den Palästinensern.

Der Autor steht hinter allen Mythen, die sich um die Staatsgründung ranken und die bis heute die Staatsraison Israels maßgeblich prägen. Dazu gehört die Flüchtlingsfrage, die angebliche Verweigerungshaltung der arabischen Staaten, insbesondere der Palästinenser u. a. Es scheint, als sei die Debatte um die Positionen des Post-Zionismus am Autor spurlos vorbeigegangen. Mehrmals setzt sich Dershowitz mit den verpassten Gelegenheiten der Palästinenser auseinander, einen Staat zu erhalten: wichtige Jahre waren 1937, 1947 und 2000-2001. Insbesondere das „großzügige Angebot“ Baraks in Camp David im Sommer 2001 wird als das non plus ultra dargestellt, obwohl heute allgemein bekannt ist, dass es ein solches Angebot nie gegeben hat.

„Ehud Barak bot den Palästinensern fast alles, was sie auf ihrer Wunschliste hatten, aber die palästinensische Führung antwortete mit der Eskalation des Terrors.“

Dies sind politische Argumente, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Arafat wird von Dershowitz als derjenige dargestellt, der dafür die Verantwortung trägt. Der Autor bedient sich dabei der gleichen Vorwürfe, die von der israelischen Regierung gegen Arafat erhoben werden: er stehe hinter dem Terror, organisiere ihn und setze ihn als politisches Instrument ein. Als „Kronzeugen“ gegen Arafat führt der Autor den saudi-schen Prinzen Bandar ins Feld, der Arafats Weigerung, Baraks Offerte abzulehnen, als „Verbrechen“ bezeichnet hat. Dershowitz erwähnt aber mit keinem Wort, dass Israel alle arabischen Friedenspläne torpediert hat wie zuletzt den Saudi-Arabiens.

Ob diese geschönte Darstellung der Geschichte Israels dem Image des Landes letztendlich weiterhilft, wird die Entwicklung in den USA und Europa zeigen. Man hätte dem Autor eine größere Distanz zu seinem Verteidigungsobjekt gewünscht, aber dies ist von einem eifernden Anwalt auch nicht zu erwarten, der seinen Klienten vor Gericht retten muss, koste es, was es wolle. Dass dabei die brutale Okkupationspolitik Israels als Hauptgrund für den Widerstand der Palästinenser unerwähnt bleibt, kann aus Verteidigungsgründen und im Sinne des Angeklagten

unter den Tisch fallen. Der Wahrheitsfindung dient es aber nicht. Der Autor argumentiert sehr stringent, aber bedauernswert einseitig.

Politisch wesentlich geschickter als Dershowitz argumentiert der *Grand Old Man* der israelischen Politik, Shimon Peres, in seinem jüngsten Buch, in dem er seine Erfahrungen aus einem langen Politikerleben der Nachwelt überliefert. Das Buch Kohelet bildete die Grundlage für den Buchtitel, Auch Baruch Goldstein, der am 25. Februar 1994 in der Ibrahim Moschee in Hebron 29 betende Muslime tötete, begründete seine Tat mit einem Spruch aus dem Buch Kohelet: „Es gibt eine Zeit zum Heilen und eine Zeit zum Töten.“ Beide Personen könnten jedoch unterschiedlicher nicht sein. Handelt es sich bei Peres um einen erfahrenen Staatsmann, war der Arzt Goldstein ein fundamentalistischer Ex-tremist, der bei seinem Massenmord durch eine aufgebrachte Menge selber ums Leben kam.

Den autobiographischen Erinnerungen haftet etwas sorgenvolles, aber auch prophetisches an. Sorgen bereitet Peres die Zukunft Israels, die er nicht für absolut gesichert hält. Trägt nicht dazu auch im besondern Maße die Politik Ariel Sharons bei? Einerseits faszinieren die wissenschafts- und technikgläubigen Ausführungen des Autors den Leser, andererseits steckt das Buch voller politischer Ambivalenzen und diese sagen sehr viel über die Persönlichkeit von Peres aus. Vielleicht liegt darin auch das Geheimnis, warum er im Ausland hoch geachtet, aber von den Israelis sehr reserviert betrachtet wird. Wie so oft gilt der Prophet im eigenen Land nichts. Wenn man Sätze liest wie:

„Die Errichtung, die Wiederherstellung eines jüdischen Staates ist noch immer nicht vollendet ... Wir haben nicht das moralische Recht, ein anderes Volk zu beherrschen ... Kein israelischer Staatsbürger darf, nur weil er Araber ist, diskriminiert werden, sei das in Urteilen über ihn, sei es in rechtlicher Art ... Ihr Leiden (der Palästinenser L.W.) erwächst auch aus der Situation des Terrors“,

wird die Ambivalenz deutlich. Für Peres befindet sich Israel immer noch im Krieg. Als Leser fragt man sich, warum Peres, der seit über 50 Jahren die Politik seines Landes an maßgeblicher Stelle mitgeprägt hat, diese Missstände nicht abstellte, als er die Macht hatte? War er nicht 21 Monate Außenminister im Kabinett von Ariel Sharon, als dieser in den besetzten Gebieten sein Verständnis von „Sicherheit“ durchsetzte und dem Vandalismus der israelischen Armee freien Lauf ließ? Sein Kommentar damals lautete, er wolle Schlimmeres verhindern! Hätte es vielleicht noch schlimmer kommen können?

Peres gilt als Vater der israelischen Atomindustrie. „Dimona hat Oslo ermöglicht.“ Heisst das im Umkehrschluss, dass es ohne die „Textilfabrik“, wie die Atomanlage in Israel euphemistisch genannt wurde, noch nicht einmal die Oslo-Verträge gegeben hätte? Auch Peres ist davon überzeugt, dass es ohne die „mutmaßliche Atomoption mit ihrem Bedrohungspotential“ niemals zu Friedensverträgen mit Ägypten und Jordanien gekommen wäre. Soll damit insinuiert werden, dass die Palästinenser und die Araber nur die Sprache der Gewalt verstehen? Dies ist ein weit verbreitetes Argument in Israel.

Schon vor der Staatsgründung Israels war Peres die rechte Hand des ersten Ministerpräsidenten David Ben-Gurion, der ihn stets mit Sonderaufgaben betraute. Fast alle kreisten um Rüstung, Technologie und Wissenschaft. Vielleicht rührt daher seine fast grenzenlose Bewunderung für die Lösung vieler Probleme mit Hilfe von Wissenschaft und Technik, selbst was die Lösung des Nahostkonflikts betrifft. Er hält die Unterentwicklung der arabischen Länder, deren technologische Rückständigkeit und gesellschaftspolitischen sowie demographischen Probleme langfristig für gefährlicher für den Frieden als die Kolonisierungs- und Expansionspolitik seines Landes. Die Stagnation der arabischen Welt und der daraus resultierende Fundamentalismus und Extremismus scheinen nach Peres langfristig die gesamte Region zu destabilisieren. Folgerichtig empfiehlt der Autor den arabischen Herrschern eine Modernisierung ihrer Gesellschaften als das beste Antiterrorprogramm.

Große Bewunderung zollt Peres aus unterschiedlichen Motiven Willy Brandt und Franz Josef Strauss; nicht so gut kommt Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Bruno Kreisky weg, der sich immer für die Rechte der unterdrückten Palästinenser eingesetzt hatte. Mit harscher Kritik wird sein „Parteifreund“ und Ex-Ministerpräsident Ehud Barak bedacht.

„Barak wird in die Erinnerung der Israelis und seiner Partei als Mann der Irrtümer eingehen.“ Das Scheitern der Camp David-Verhandlungen ist primär Barak anzulasten, weil er sich als „unfähig erwies, die palästinensischen Empfindlichkeiten zu berücksichtigen“.

Die Behandlung Arafats durch Barak sei „politisch nicht annehmbar“ gewesen, so Peres. In der Tat hat Barak Arafat in den zwei Verhandlungswochen in Camp David nur eine Stunde gesehen, und dies bei einem Essen! Das so genannte „großzügige Angebot“ Baraks ist ein Mythos, der sich aber in Deutschland besonders hartnäckig hält.

Peres präsentiert sich als bester Verkäufer israelischer Interessen im Ausland. Leider ist ihm – oder eher dem Lektorat (?) – ein peinlicher Fehler unterlaufen: Gleich zweimal wird behauptet, dass in der UN-Teilungsresolution 181 vom November 1947 für den jüdischen Staat 45 Prozent und den

palästinensischen 55 Prozent des Landes vorgesehen waren; tatsächlich war es aber gerade umgekehrt! Generell sollte der Leser bei autobiographischen Aufzeichnungen von Politikern immer sehr skeptisch sein. Leider weisen die Ausführungen von Peres zwischen Vision und Realität eine große Kluft auf, die er doch als immer noch aktiver Politiker hätte schließen können. Interessant ist die Frage, warum er dazu nicht in der Lage ist? Leider gibt das vorliegende Buch darauf keine Antwort. Dennoch sind die Ausführungen des Autors teilweise inspirierend, wenn man dabei immer bedenkt, dass sie von einem Politiker geschrieben worden sind.

Von ganz anderem politischen Zuschnitt ist da die Autobiographie von Michael Warschawski. Als 16-Jähriger verließ er seine Heimatstadt Straßburg, um in Jerusalem eine Talmudschule zu besuchen. Als der unpolitische Mann 1967 bei einem Besuch im besetzten Hebron im Blick eines Palästinensers dessen Demütigung sah, wurde ihm schlagartig bewusst, dass „er es nicht hinnehmen konnte, Besatzer zu sein“.

In seinem mutigen Einsatz für die Rechte der Palästinenser und für ein laizistisches und demokratisches Israel wurde sein Leben ein langer Marsch

„über verschiedene Grenzen, wo sich Juden und Araber, Israelis und Palästinenser, aber auch Juden und Israelis, religiöse und laizistische, europäische und orientalische Juden gegenüberstanden“.

Das Denken Warschawskis ist nicht von den in Israel üblichen tribalen Denkmustern geprägt, sondern es orientiert sich an internationalen und weltweiten Kategorien, die auch die internationalen Widerstandsbewegungen und das Weltsozialforum in Porto Alegre 2003 motivierten.

Warschawskis politische Autobiographie zeigt einen Menschen, der mit seiner ganzen Person für humanistische und gegen ideologisch verbrämte, tribale Identifikationsmuster einsteht. Diese Haltung macht es ihm möglich, sich für die Rechte der Palästinenser einzusetzen und gleichzeitig seine Sorge um die israelische Gesellschaft und deren Fortbestand im Nahen Osten auszudrücken.

„Die israelische Identität hat sich in einem Prozess der Kolonisierung und einer zweifachen Zerstörung herausgebildet, einer Zerstörung, die sich gegen die Existenz der indigenen arabischen Bevölkerung und zugleich gegen die jüdische Identität wandte, oder besser: der jüdischen Identität vor dem Zionismus.“

Der Autor kämpft gegen jede Form von Rassismus.

„Wer glaubt, er könne anti-arabisch sein, ohne anti-jüdisch zu sein, der täuscht sich. Jede Art von Rassismus leistet dem Rassismus Vorschub.“

Damit grenzte er sich scharf von jenen jüdisch-französischen Intellektuellen ab, die meinten, sich in ihrer Hetze gegen die muslimisch-arabische Kommunität gegenseitig überbieten zu müssen.

„An der Grenze“ legt Zeugnis ab von einem Leben als Zugehöriger, aber auch als Ausgegrenzter. Dem Autor ist jeder Opportunismus ein Gräuelf. Folglich war er auch bereit, den hohen, persönlichen Preis zu zahlen, der für den Widerspruch in einem tribalen Kollektiv zu entrichten ist. Der Autor ist weder verbittert noch resigniert. Er setzt weiter auf die Solidarität zwischen Israelis und Palästinensern und die Unterstützung durch globale Netzwerke. Sein Buch ist ein Plädoyer für die Vernunft und gegen die zunehmende Irrationalität und Fundamentalisierung in Israel.

Neben den Verteidigern des Zionismus und der kolonialistischen Expansion gibt es auch Wissenschaftler und kritische Israelis, welche diese Politik verurteilen. Dazu zählt bis zu einem gewissen Grad Lätitia Bucaille, Assistenzprofessorin für Politikwissenschaft an der Universität Bordeaux 2. Sie schildert anhand der Lebensgeschichten von Sami, Nay, Bassam und anderen jungen Kämpfern (Shebab) aus den Flüchtlingslagern die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, die Versuchungen des Krieges und die zunehmende Radikalisierung. Sie versucht durch die Analyse von Frustrationen, Wünschen und Hoffnungen, die Ursachen des Konfliktes zu verstehen, der schier endlos zu sein scheint. Ihre Ausführungen kreisen um die beiden Intifadas, der ersten von 1987 bis 1993 und der zweiten vom 29. September 2000 bis heute. Weitere Kapitel befassen sich mit der Autonomiebehörde, der Spaltung der palästinensischen Nation und einer möglichen Trennung beider Völker. Ziel der Untersuchung ist es, die Erfahrungen der Palästinenser in den besetzten Gebieten darzustellen. Dies geschieht anhand von persönlichen Biographien, um dadurch das Umschlagen des Friedensprozesses in eine Kriegslogik zu erklären.

Die PLO verfolgte bis zur Anerkennung Israels durch ihren Nationalkongress am 15. November 1988 in Algier eine Strategie des bewaffneten Kampfes. Im Gegensatz dazu stellte die Strategie der Intifada von 1987 etwas völlig Neues dar, weil sie mit der Tradition der Gewalt brach, so die Autorin. Die Aktionen des zivilen Ungehorsams schufen nicht nur eine Massenbasis und Strukturen der Selbstverwaltung, sondern demonstrierten, dass es eine palästinensische Nation mit einer eigenen Identität gab. Dadurch veränderte sich das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten und verlieh den Letzteren „eine Würde“. Des Weiteren entwickelten sich ein eigener Wertekanon – sprich „puritanische Werte“ – wie einwandfreier Lebenswandel und Disziplin. Für Vergnügungen und Zerstreuungen sei kein Platz mehr gewesen. Das Scheitern der Intifada lag letztendlich daran,

„dass die Protagonisten es nicht verstanden haben, die nationale und so-ziale Dimension des Kampfes deutlich zu machen“.

An Glaubwürdigkeit habe diese Bewegung auch deshalb eingebüßt, weil der zivile Widerstand und der begrenzte Einsatz von Gewalt einer wachsenden Brutalität Platz machen musste, und zwar in Form der Tötung von Kollaborateuren, so Bucaille. Im Gegensatz zur Al-Aqsa-Intifada beschränkten sich die Aktivitäten auf die besetzten Gebiete, und Angriffe auf Israelis wurden abgelehnt.

Ganz im Gegensatz dazu steht die zweite, die Al-Aqsa-Intifada von 2001. Sie stelle keine strukturierte Bewegung dar, an der die gesamte palästinensische Bevölkerung beteiligt sei. Die Träger des neuen Aufstands gehen wenig koordiniert vor; ihre Ziele und Methoden weichen häufig voneinander ab, und ein Teil ist von ihrer Gesellschaft isoliert. Hinzu kommt, dass die Autonomiebehörde die bewaffneten Kämpfer kaum kontrollieren kann. Das Scheitern der Al-Aqsa-Intifada liegt aber auch an „der Einstellung der einflussreichen Familien, die sich hinderlich auf die Intifada auswirkt“. Sie fürchteten einen Umsturz der von ihnen beherrschten sozialen Ordnung. Diese Klassenwidersprüche hat es zwar schon immer in der palästinensischen Gesellschaft gegeben; sie traten aber erst durch die Rückkehr Arafats und seiner „Tunesier“ deutlich zu Tage. Sie waren der ursprünglichen Gesellschaft so entfremdet, dass sie sich hinter hohen Mauern mondäne Villen errichteten, wohingegen ihre Landsleute in den Flüchtlingslagern weiter dahin vegetieren mussten. Diese Neuankömmlinge seien von der neu entstandenen Händlerklasse mit Misstrauen betrachtet worden.

„Sie halten sie für inkompetent, korrupt, arrogant und fürchten die Auswirkungen des früheren Bündnisses zwischen den führenden Leuten der Autonomiebehörde und den Intifada-Aktivisten.“

Diese Klasse war es auch, die sich mit der israelischen Besatzung arrangiert hatte und von ihr profitierte. Gleichwohl suchte Arafat die Unterstützung der Bourgeoisie. Die brutalen Zusammenstöße mit der israelischen Armee haben die nationale Solidarität in dem Maße beeinträchtigt, in dem sich die Interessenunterschiede zwischen Mittelschichten und bewaffneten Kämpfern vertieften, so die Autorin.

Hatte nach Bucaille die erste Intifada noch zu einer stabilen Identität geführt, so wurde diese durch die Einführung der Autonomiebehörde erschüttert. In der Zeit des „unsichereren Friedens“ war es ihr nicht gelungen, etwas Ähnliches der jungen Generation zu vermitteln. Sie lebe in einem von Gewalt geprägten Milieu, deren Grenzen zur Kriminalität fließend geworden seien. Durch die Gewalt der Besatzungsmacht haben sie keinerlei Perspektive und Einfluss mehr, den sie durch ihren Widerstand in der ersten Intifada errungen hatten. Das Scheitern des Friedensprozesses habe bei der Mehrheit der Menschen zur Apathie und zur Radikalisierung geführt. Symptom dafür seien die Selbstmordattentate. Für die Autorin zeigt die Popularität der Selbstmordattentate, dass sich die palästinensische Gesellschaft islamisiert. Die Hamas habe zwar keinen politischen Sieg errungen, aber

„es ist ihr gelungen, ihre Ideologie zu verbreiten, die im Märtyrer ein Vorbild sieht“.

Das Buch liefert in weiten Teile eine glänzende Analyse der palästinensischen Gesellschaft, die um ihre Existenz kämpft. Es gibt aber auch zahlreiche Passagen, die den Eindruck erwecken, die israelische Besatzung sei doch gar nicht so schlimm und manchmal sogar vorteilhaft für die Palästinenser: So werden die gezielten Tötungen durch Sondereinheiten, die sich als Araber verkleiden und die von kritischen Israelis auch „Todesschwadronen“ genannt werden, als völlig legitim dargestellt. Auch wolle Israel die Palästinensergebiete nicht wirtschaftlich beherrschen, sondern sei primär an seiner Sicherheit interessiert. Israel habe ein Sicherheitskonzept entwickelt, das in beiderseitigem Interesse liege. Die Eingeschlossenheit in den Gebieten trage dazu bei, dass junge Leute keine pragmatischen Positionen entwickeln könnten. Paradoxerweise bringe die direkte Konfrontation mit Israel den Menschen die konkrete Realität näher, nämlich die Existenz Israels, mit dem man sich arrangieren müsse. Was wohl die Unterdrückten zu diesen Nettigkeiten und bahnbrechenden Erkenntnissen sagen würden? Einige dieser verharmlosenden Beschreibungen israelischer Besatzungspolitik können nur als zynisch bezeichnet werden.

Dass sich die unterdrückten Palästinenser jemals mit den „Errungenschaften“ der Besatzung anfreunden können, wie Bucaille insinuiert, darf bezweifelt werden. Der israelisch-palästinensische Konflikt kann offenbar nur durch eine internationale Militärintervention gelöst werden, wenn die unterlegenere Seite, die Palästinenser, nicht völlig untergehen will. Felicia Langer verlangt schon seit Jahren zu Recht die Solidarität der Staatengemeinschaft mit den „Verdammten dieser Erde“, in ihrem Falle mit den Palästinensern. Das Buch der israelischen Menschenrechtsanwältin und Trägerin des alternativen Nobelpreises, Felicia Langer, deckt die Heuchelei sowohl der israelischen Regierung als auch des Westens auf. Der Nahe Osten bleibt für sie ein Brandherd, insbesondere nach der gezielten Tötung von Hamas-Gründer Scheich Ahmed Yassin. Ein seit seiner Jugend an den Rollstuhl gefesselter, völlig paralysierter Mensch wird durch eine von einem Apache-Kampfhubschrauber „Made in USA“ abgefeuerte Rakete getötet. Stellt diese Tat nicht die moralische Bankrotterklärung der israelischen Regierung dar? Die Ermordung seines Nachfolgers Rantissi folgte auf dem Fuß. Ministerpräsident Sharon zeigte sich von den massiven Protesten wenig beeindruckt und setzte noch eins drauf: Er verkündete kurze Zeit später, dass auch Yassin Arafat zum Abschuss freigegeben sei. Langer macht eine traurige Bilanz von Terror und Gegenterror seit dem 29. September 2000 in Israel und Palästina auf: über 3000 tote Palästinenser und 1000 tote Israelis. Noch nie hat dieser Konflikt soviel Tote gefordert wie unter der Sharon-

Regierung. Wer die Vita dieses Menschen kennt, ist nicht verwundert; man fragt sich allerdings, weshalb das israelische Volk gerade ihn gewählt hat. Seine Tabula-Rasa-Politik in den besetzten Gebieten wird von der Autorin einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Die Autorin hat zahllose Politiker-Statements, Auszüge aus Berichten von Menschenrechtsorganisationen und Friedensgruppen sowie Zeitungskommentare über Israel und Palästina zusammengetragen und kenntnisreich interpretiert und politisch eingeordnet. Langer weist auf die einseitige Sichtweise der USA in Bezug auf Israel hin, die durch die Sicherheitsberaterin von US-Präsident Bush, Condoleezza Rice, so formuliert wurde: Israel sei die Seite, die den Frieden wolle, und die Sicherheit Israels sei der Schlüssel zur Sicherheit der Welt! Wie kann jemand die Realität so bewusst falsch interpretieren, der für den Frieden in der Welt eine so große Verantwortung trägt? Spekulationen wollen nicht verstummen, dass die USA wegen israelischer Interessen den Irak überfallen haben. Es ist zu hoffen, dass die unterschiedlichen Untersuchungsausschüsse des US-Kongresses die wirklichen Gründe für den Irakkrieg heraus finden.

Langer kritisiert zu Recht, dass es sich die israelische- und die US-Regierung zu leicht machen, den Widerstand der Palästinenser als Terrorismus zu diffamieren. Ihrer Meinung nach gehören Selbst-mordattentate und Besatzung zusammen wie siamesische Zwillinge. Die Autorin verurteilt beide, weiß aber, wer dafür die Verantwortung trägt:

„Israel hat alle Pforten zum palästinensischen Leben hermetisch abgeriegelt und die Palästinenser durch Unterdrückung, Demütigung und den Kampf gegen ihre Existenz zur suizidalen Verzweiflung gebracht.“

Die Autorin deckt weitere Vorgänge auf, die weder in Deutschland noch in den USA aufgrund der teilweisen Tabuisierung der Politik Israels jemals das Licht der Öffentlichkeit erblickt hätten.

Engagiert äußert sich Langer zur Antisemitismusdebatte in Deutschland, die sich in den Politikern Jamal Karsli und Jürgen Möllemann personifiziert hat. An dieser Debatte waren der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland und sein Stellvertreter maßgeblich beteiligt. „Jüdische Gemeinden erwecken oft den Eindruck, als seien sie Filialen der israelischen Botschaft“, so die Autorin. „Diejenigen, welche die Antisemitismus-Debatte anzettelten, hatten das Ziel, die Stimmen der Kritik an Israel zum Schweigen zu bringen.“ Dies hat man im Falle der Autorin schon oft versucht, indem man sie diffamierte und über Druck auf Fernsehredaktionen erreichte, dass sie mehrmals zu geplanten Veranstaltungen wieder ausgeladen worden ist.

Die Autorin hat einen schonungslosen Zustandsbericht über die letzten dreieinhalb Jahre gegeben. Nach dieser Lektüre werden selbst die treuesten Verteidiger Israels ermahnt, die Politik der Sharon-Regierung zu kritisieren und sie zur Umkehr sowie zur Achtung des Völkerrechts aufzufordern. Solidarität mit der Politik dieser Regierung schadet letztendlich der Glaubwürdigkeit des Westens; dies gilt besonders für die USA, aber auch für Deutschland. Zuviel Hoffnung auf die Einsicht Sharons sollte man sich aber nicht machen.

Ähnlich kritisch wie Langer ist auch das Buch von Ernest Goldberger angelegt. Er nimmt für sich in Anspruch, eine Analyse des israelischen Kollektivs geschrieben zu haben. Diese Behauptung ist jedoch mit einem gravierenden Manko behaftet. Der Leser sollte nicht überrascht sein, wird doch das Gute mit links, friedens- und ausgleichswillig assoziiert, das Schlechte mit rechts, ergo friedensunwillig, und das Religiöse ist sowieso des Teufels. Dass die Realität oft differenzierter aussieht, scheint dem Autor bekannt zu sein. Er hat es selbstbewusst ignoriert.

Goldberger wird von einer brennenden Sorge umgetrieben: Er will kein Tabu verschweigen, weil er sich Sorgen um die zukünftigen Generationen in Israel macht. Der Autor, der 1991 aus der Schweiz nach Israel emigrierte, möchte aus dem „Altneuland“ – so der Titel eines Romans von Theodor Herzl – ein „Neualtland“ machen. Er ist dieser Ansicht, weil man Herzls wirkliche Vision und tragische Familiengeschichte in Israel verschweige, die Israelis nicht an Geschichte interessiert seien und wenn überhaupt, dann nur an ihrer eigenen in Form von Mythen. Für Herzl konnte nur ein von allen Ländern anerkannter Staat dauerhaften Bestand haben. Dafür hat er sein ganzes diplomatisches Geschick aufgeboten. Vielen der heutigen israelischen Politiker fehle diese historische Sicht.

„Sie opfern das Prinzip der internationalen Anerkennung für ein Stück Boden und bauen dafür lieber auf die Kraft der Armee.“

Herzls Vision wurde von Achad Ha'am, einem Kulturzionisten, auch deshalb scharf kritisiert, weil er die westliche Zivilisation und die Errungenschaften der Aufklärung zu unkritisch verherrlichte und es seinem Zionismus an jüdischer Identität mangle.

In vier Kapiteln – Prolog, der Traum, die Wirklichkeit und die Hoffnung – behandelt er Israels Schicksalsthemen, die Vorstellungen Herzls und den Zionismus, den Messianismus, die Entleerung der jüdischen Religion, den Kolonialismus im Namen Gottes, die Zerstörung der Umwelt, die nukleare Option, Israels Kriege, die Shas-Partei, Guru- und Führerkult, Israels stille Helden u.v.m. Goldberger sieht Israel in einem permanenten Abstieg begriffen, der am Ende zur gesellschaftspolitischen Desintegration führe. Er empört sich gleichermaßen über die fortschreitende Umweltzerstörung, die Aggressivität im Straßenverkehr, die Erschöpfung der

natürlichen Ressource Wasser sowie die Atom-waffenindustrie. Für den Autor ist Israel keine Demokratie im klassischen Sinne, weil das Land ein Viertel seiner Bevölkerung gesetzlich diskriminiere. Die Ursache liege darin begründet, dass die Gründungsväter keine klare Trennung zwischen Staat und Religion vorgenommen haben und einen jüdischen Staat anstatt eines Staates für die Juden geschaffen hätten.

In einem lesenswertes Kapitel weist Goldberger auf die nicht aufgearbeitete und abgestrittene Schuld hin, die Israel im Unabhängigkeitskrieg von 1948 durch die Vertreibung oder „freiwillige Flucht“ der Palästinenser auf sich geladen hat. Infolge dieser kriegerischen Auseinandersetzungen wurden fast 400 palästinensische Dörfer zerstört, die Besitztümer beschlagnahmt und den Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat bis heute verwehrt.

„Dieses Unvermögen ist das größte psychologische und psychosoziale Hindernis für eine Aussöhnung zwischen den zwei Völkern.“

Was hat der Autor als Ausweg seiner massiven Kritik der herrschenden Verhältnisse in Israel selber anzubieten? Für ihn wurden bisher von Herzls Visionen nur die Errichtung des Staates der Juden und deren Rechte, jederzeit in dieses Land einzuwandern und die dort geltenden bürgerlichen Rechte zu erhalten, umgesetzt. Eine weitere Errungenschaft sei die Anerkennung Israels durch eine Vielzahl anderer Staaten, aber in den Grenzen von Juni 1967. Herzl wollte aber mehr, und zwar eine Erneuerung des jüdischen Menschen im Sinne von „Altneuland“. Der israelische Staat sollte eine friedensfähige, gerechte, tolerante und fortschrittliche Gesellschaft im Sinne der Aufklärung und des modernen Humanismus sein. Dies wurde nach Goldberger aber verfehlt. Gründe für diesen Fehlschlag hat er zuhauf genannt. Seine Vision besteht in der Konzeption „Neualtland“, die all dies nachholen soll. Ob dieses Ziel mit den liberalen Kräften, der „Road Map“ und der „Genfer Initiative“ zu bewerkstelligen sein wird, erscheint bei der augenblicklichen Kräftekonstellation mehr als fraglich.

Das Buch ist trotz seiner teilweisen Eindimensionalität eine interessante und überaus lesenswerte Lektüre. Ärgerlich ist, das der Autor auf vielen Seiten „Skandalchen“ aneinander gereiht hat. Teile des Buches erwecken den Eindruck einer Boulevard-Chronik. Trotzdem liefert er eine Interpretation der israelischen Gesellschaft, die aus politisch korrekten Gründen zu oft in Deutschland ausgeblendet wird. Dies macht das Opus so wertvoll.

Nach ihrem Bericht aus „Gaza“ liegt nun der „Bericht aus Ramallah“ der engagierten israelischen Journalistin Amira Hass vor. Sie lebte drei Jahre in Gaza, bevor sie 1997 in die „Hauptstadt Palästinas“ nach Ramallah übersiedelte. Für eine Israelin geradezu ein Himmelfahrtskommando, sollte man meinen. Dem ist jedoch nicht so. Es ist für eine Israelin oder Israeli in den Palästinensergebieten genauso gefährlich wie in New York City, wenn man mit guten Absichten kommt wie die Autorin. Hass lebt dort vielleicht sicherer als in Tel Aviv. Dass die Siedler und die Besatzungstruppen nicht dem Wohl der Palästinenser in der Westbank und Gaza dienen, überrascht nicht. Folglich begegnet man ihnen feindselig und bekämpft sie. Über diese Zerstörungspolitik des israelischen Militärs und der Siedler sowie die Leiden der Unterdrückten berichtet Hass in ihren zum Teil erschütterten Reportagen von 1997 bis 2002. So erzählte ihr ein Scharfschütze freimütig, dass er befehlsgemäß auf palästinensische Kinder unter 13 Jahren schieße. Bezweifelt werden muss allerdings, ob sich das immer durch ein Zielfernrohr beurteilen lässt, was allein die zahlreichen getöteten Kinder unter zehn Jahren zeigen. So freimütig wie der israelische Soldat berichten der Autorin auch die Kämpfer der Al-Aqsa-Brigaden von ihren geplanten blutigen Anschlägen auf Israelis. Hass ist bei den Herrschenden auf beiden Seiten der Front nicht gerade beliebt, da sie sowohl gegenüber ihrer Regierung als auch Arafats Rest-Autonomiebehörde kein Blatt vor den Mund nimmt. Die Menschen auf der Strasse begegnen ihr dafür mit umso größerer Herzlichkeit.

Die Reportagen von Amira Hass geben dem Leser einen authentischen Einblick in eine brutale Realität von Besatzung, die im 21. Jahrhundert einen Anachronismus darstellt. Sie schreibt nicht für die Palästinenser, sondern gegen die Besatzung durch Israel. Ihre Berichte tragen zu einem großen Teil zur Aufklärung über die Brutalitäten der israelischen Besatzung bei und stellen eine unschätzbare Fundgrube und Quelle für eventuelle spätere Prozesse gegen das israelische Sicherheitskabinett vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Ludwig Watzal